Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 65. | Dresden, Dienstag den 19. März 1912. | 23. Jahrg.

Ein Polizeiskandal.

Es ist nichts Neues, daß das „Privat"-Kapital unserem heutigen öffentlichen Leben gegenüber durchaus keine private Stellung einnimmt. Sein Einfluß ist vielmehr überall. Die Fäden beispielsweise, die sich zwischen unseren Ministerien in Berlin und den Kontoren der Grubenbarone im Ruhrrevier ziehen, kennt der mit den Geheimnissen der Politik Vertraute genau und weiß, daß sie auf die Haltung der Regierung oft einen weit größeren Einfluß ausüben als alles, was in den Parlamenten geredet und beschlossen wird.

Aber das dürfte selbst in Preußen kein alltäglicher Vorgang sein, daß eine politische Behörde ganz offenkundig in den Dienst des Kapitals eintritt, von diesem dafür finanziell bedacht wird, und nun im Interesse ihrer Auftraggeber Taten ausführt, die als eklatanter Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnet werden müssen.

Solche erbaulichen Dinge sind dieser Tage in einem Bochumer Prozeß ans Tageslicht gekommen, der die weitgehendste Beachtung der Oeffentlichkeit verdient. Ein erhebendes Bild, das sich uns vom Wirken der Polizei im Ruhrrevier bietet! Während die uniformierte Schutzmannschaft hier täglich durch ihre gegen wehrlose Arbeiter und Bürger begangenen „Heldentaten" von sich reden macht, und das Interesse des allmächtigen Grubenkapitals mit Säbel und Revolver schützt, stellt die politische Polizei ihre Beamten demselben Grubenkapital als bezahlte Spitzel und Spione zur Verfügung, um organisierte Grubenbeamte durch hinterlistige und ungesetzliche Denunziationen brutalen Maßregelungen auszuliefern.

Man vergegenwärtige sich noch einmal den Tatbestand: Im September des vorigen Jahres wurde gleichzeitig auf vielen Zechen eine große Anzahl Steiger wegen ihrer Zugehörigkeit zum „Deutschen Steigerverbande" auf die Straße gesetzt. Die Mitgliedschaft der Gemaßregelten konnte bloß durch einen groben Vertrauensbruch zur Kenntnis ihrer Vorgesetzten gelangt sein, da wegen des bekannten Terrorismus der Grubenmagnaten die Mitgliederliste des Steigerverbandes streng geheim gehalten wird. Der Verdacht lenkte sich auf die Post und gewisse Indizien sprachen in der Tat dafür, daß die Post stellenweise die Listen der Abonnenten des Verbandsorgans preisgegeben haben mußte. Denn die Maßregelungen betrafen fast immer Steiger des gleichen Postbezirks, während die in anderen Postbezirken wohnenden Steiger derselben Grube unberührt blieben.

Dieser Verdacht wurde auch in einem Artikel des Technischen Grubenbeamten, Organ des Steigerverbandes, offen zum Ausdruck gebracht. Von hier ging der Artikel in unser Parteiorgan, das Volksblatt, über. Gegen dieses stellte nun der Staatssekretär des Reichspostamts, Kraetke, Strafantrag „für die in Frage kommenden Beamten", und Genosse Pierenkämper hatte sich deshalb vor der Bochumer Strafkammer zu verantworten.

Die Verhandlung aber gestaltete sich zu einer einzigen großen Niederlage für die Essener politische Polizei. Zwar die Mitschuld der Post konnte nicht erwiesen werden, weil die Polizeibehörde über diesen Punkt ihren Organen die Aussagen nicht gestatte. Herr Kraetke also, der seine Beamten vor dem Verdacht des Verrats von Postgeheimnissen reinigen wollte, prallte mit diesem Bemühen an dem Widerstand einer anderen Staatsbehörde ab, die offenbar ein großes Interesse daran hatte, daß über diesen Punkt kein Licht verbreitet werde!

Doch im übrigen förderte die Verhandlung einen Sachverhalt zutage, der uns vor die Frage stellt, ob wir noch das Recht haben, von „russischen" Zuständen zu reden, oder ob nicht demnächst die Russen sich über preußische Zustände mokieren werden. Freilich machte es einige Mühe, diesen Sachverhalt aus den geladenen Zeugen herauszubekommen, denn sowohl die als Zeugen geladenen Kriminalschutzleute wie der gleichfalls als Zeuge fungierende Bergassessor Kraatz machten mit ihren Aussagen die größten Schwierigkeiten, sodaß die Verteidiger, die Rechtsanwälte Dr. Levy, Essen, und Frank I, Dortmund, ihnen die Aussage fast zwischen den Zähnen hervorholen mußten. Fortwährend mußte das Gericht über die Zulassung von Fragen beschließen, da die Zeugen auf nichts Auskunft geben wollten. Doch das Gericht stellte sich erfreulicherweise auf den Standpunkt, daß ein Interesse an der Aufhellung des Tatbestandes vorhanden sei und ließen die meisten Fragen zu.

Und der Sachverhalt wurde aufgehellt. So hell, daß die Herren Zeugen zitternd und angstschwitzend wie die armen Sünder dastanden, daß man glauben mußte, sie seien in Wahrheit die Angeklagten und die Verteidigung führe die Klage.

Hier das erbärmliche Fazit: Der Bergassessor Kraatz, als Vertreter des Zechenverbandes, setzt sich mit der politischen Polizei in Essen in Verbindung, um die Listen der Mitglieder des Steigerverbandes herauszubekommen. Die Polizei geht hierauf ein und ermittelt im Auftrag des Zechenverbandes die Listen. (Wie, das wird von ihr nicht verraten.) Herr Assessor Kraatz aber zahlt an die findigen Beamten einige hundert Mark als Ersatz für Auslagen. Und schließlich werden die ermittelten Steiger teils gemaßregelt, teils zum Austritt aus dem Verbande gezwungen. Einige müssen sogar nach Amerika auswandern, weil man sie auf die schwarze Liste gesetzt hat.

Diese ungeheuerliche Vergewaltigung des Koalitionsrechts ist also nicht nur unter dem Schutze der Polizei, sondern direkt mit Hilfe der Polizei vor sich gegangen. Das reimt sich trefflich zusammen mit dem Schrei nach verstärktem Schutz des Koalitionsrechts und der persönlichen Freiheit, der jetzt immer lauter von unseren Regierenden erhoben wird. Die Regierung zetert über den angeblichen „Terrorismus" der Sozialdemokratie und ihre eigenen Organe stellen sich in den Dienst der allergrößten Terroristen, leisten bei dem großen Kesseltreiben gegen die notabene völlig unpolitische und recht gemäßigte Organisation der Steiger die Dienste der Treiber und Spürhunde.

Und nun die Frage: Mit welchem Recht besorgt hier die aus öffentlichen Mitteln unterhaltene Polizei Aufträge privater Personen wie des Zechenverbandes. Mit welchem Recht geht sie gegen den Steigerverband vor, der zwar den Grubenbaronen unbequem sein mag, gegen den sich aber vom Standpunkt des öffentlichen Rechts aus nicht das mindeste einwenden läßt! Und die blauen Lappen als Ersatz der „gemachten Auslagen?" Wer lacht da nicht? Es war ein anmutiger Augenblick, als in der Verhandlung sich der Herr Bergassessor erst gar nicht mehr entsinnen konnte, wieviel er den Polizeiorganen ausgehändigt habe, und dann auf die geschickte Frage des Verteidigers: „Waren es vielleicht tausend Mark?" herausstotterte: „Nein, nicht ganz so viel."

Was gedenkt der Herr Minister des Innern in dieser Angelegenheit, die ein öffentlicher Skandal ersten Ranges ist, zu tun? Wird ferner der Herr Staatsanwalt gegen den freigebigen Bergassessor und die mit so großen „Auslagen" belasteten Kriminalbeamten ein Strafverfahren wegen Beamtenbestechung und Mißbrauch des Amtes eröffnen? Wie gedenkt die Regierung den durch das ungesetzliche Verhalten ihrer Organe schwer geschädigten Steigerverband zu entschädigen? Es erscheint dringend notwendig, daß alle diese Fragen in den Parlamenten zur Sprache kommen.

Welchen Eindruck das Gericht aus der Beweisaufnahme gewann, zeigt am besten das Urteil: Genosse Pierenkämper wurde freigesprochen. Nun sage nach dieser Verhandlung noch jemand, die Sozialdemokratie setze das Ansehen der Polizei in der Oeffentlichkeit herab. Nein, sie selbst sorgt am besten dafür, daß der letzte Rest des Vertrauens zu ihrer Unparteilichkeit schwindet.

Der Kampf der Bergarbeiter.

Die Angaben der bürgerlichen Zeitungen über ein starkes Abflauen der Streikbewegung im Ruhrrevier sind übertrieben. Tatsache ist, daß am Montag noch ein Teil der Ausständigen angefahren ist. Die Zahl der Ausständigen beträgt aber immer noch 170 000 bis 180 000. Die Beteiligungsziffer schwankt sehr stark. Während auf einer Grube die Zahl der Streikenden geringer wird, kommen auf anderen Gruben noch eine Anzahl Ausständiger zu den bereits im Ausstand befindlichen hinzu. Die Kohlenförderung nimmt stark ab. Während in regulärer Zeit im Kohlenrevier täglich 30 000 Eisenbahnwaggons Kohlen verladen werden, kommen jetzt nur etwa 11 000 Waggons zur Verladung.

Im übrigen bemühen sich die Stützen der Ordnung und des Zechenverbandes weiter, die Streikenden wankend zu machen. Die Zechenherren drohen mit Kontraktbruchstrafen und die Geschäftsleute werden scharf gemacht, den Streikenden nicht zu kreditieren. In Castrop haben Geistliche den Bäckern verboten, an die Streikenden Brot zu verkaufen!

Staatsgewalt und Kirche im Dienste der Zechenkönige — ein charakteristisches Bild aus dem Gegenwartsstaate.

Selbstverständlich tun auch die „christlichen Arbeiterführer", trotz zahlreicher Proteste aus den Reihen ihrer Mitglieder, was sie können, um den Streik zum Abflauen zu bringen. So fanden auch am Sonntag Versammlungen der christlichen Bergarbeiter statt. In Bottrop sprach Stegerwald und in Steele der Redakteur des Bergknappen, Abg. Imbusch. Sie erklärten den Streik für verloren und prophezeien ihren Zuhörern, daß der Gewerkverein gekräftigt aus dieser Bewegung hervorgehen werde. Zum Schluß fordern die Redner zum Kampf gegen den sozialdemokratischen Druck auf, der den Bergarbeitern hoffentlich Befreiung vom sozialdemokratischen Joch bringen werde. Diese christlichen Helden können sich wirklich etwas darauf einbilden, wenn mit Hilfe der Polizei, des Militärs, der reaktionärsten Scharfmacher und des christlichen Arbeitervereins die um ihr Recht kämpfenden Bergarbeiter niedergerungen werden sollten!

Jetzt kommt auch die Justiz und arbeitet, so rasch sie kann. Bereits liegen

die ersten Streikurteile

vor. In Castrop kamen am Montag einige angeblich an den Streikkrawallen im Ruhrgebiet Beteiligte zur Aburteilung. 13 Angeschuldigte wurden aus der Haft vorgeführt. Sie hatten sich wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung und wegen Beleidigung Arbeitswilliger zu verantworten. Die Angeklagten sollen die Arbeitswilligen belästigt, ihnen Schimpfnamen beigelegt, „Pfui!" oder „Streikbrecher!" zugerufen haben. Das Schöffengericht erkannte auf Gefängnisstrafen von ein bis zwei Monaten und beschloß in allen Fällen, den Haftbefehl aufrecht zu erhalten, um, wie das Gericht ausführte, „die Angeklagten vor weiteren Ausschreitungen in der jetzigen bewegten Zeit zu bewahren" . . .

In Dortmund fanden ebenfalls die ersten Verurteilungen statt. Eine Anzahl Bergarbeiter, die in der Nähe der Schächte Kaiserstuhl I und II mit Steinen nach den Gendarmen geworfen haben sollen, wurden mit 14 Tagen bis zu 3 Wochen Haft bestraft.

Von einem Verfahren gegen provokatorische Beamte aber hat man bis heute noch nichts gehört. Dafür sind bei der Staatsanwaltschaft Bochum bisher ungefähr 180 Strafanzeigen wegen Streikvergehen anhängig gemacht worden.

Ruhe im Streikgebiet.

Am Sonnabend und Sonntag ist es im Ruhrbecken zu keinerlei Ruhestörungen gekommen, kleine nichtssagende Einzelfälle ausgeschlossen. Es scheint, daß den Schutzmannschaften von oben herab Anweisungen gegeben sind, nicht wie in früheren Tagen wild auf die Menschen draufloszuhauen. Köstlich ist, daß auch christliche Vertrauensleute von den zu Hilfe gerufenen Polizeimannschaften Hiebe erhalten haben.

*

Die gegenwärtige Lage des Streikes wird beleuchtet durch folgendes Telegramm:

Bochum, 18. März. Die Streiklage im Ruhrbecken hat sich seit Sonnabend zuungunsten der streikenden Bergarbeiter verändert. Infolge der von den Gruben verschickten Karten ist eine ganze Anzahl Arbeiter wieder angefahren. Eine Konferenz, die am Dienstag stattfindet, wird über die jetzige Situation beraten und Beschluß über die weiteren Schritte fassen. Jedenfalls wird aber ein Abbruch des Streiks nicht erfolgen, sondern dieser unentwegt fortgesetzt werden. Es steht nämlich zu hoffen, daß ein großer Teil der seit Sonnabend Angefahrenen wieder in den Ausstand treten wird. Ein großer Teil der durch Postkarten benachrichtigten Bergleute wollte sich von der Zeche die Papiere geben lassen, da er im Streik verharren wollte und die Postkarte die Kündigung erhielt. Sie hatten also ein Recht auf Herausgabe ihrer Papiere. Als sie jedoch auf dem Zechenbureau ihr Anliegen vorbrachten, wurde ihnen nur geantwortet, sie sollten wieder anfahren, die Papiere gäbe es nicht.

Der christliche Gewerkverein und die Zentrumspresse wüten weiter. Ein Zentrumsblatt brachte jetzt schon die Nachricht, daß der Streik abgebrochen worden sei. Ein anderes ultramontanes Organ trieb die Niedertracht so weit, seinen Lesern mitzuteilen, daß der Verbandsbeamte Löffler mit 117 000 M. durchgebrannt sei, was aber der reine Schwindel ist.

* * *

Die Bewegung im übrigen Deutschland.

Zum Streik im sächsischen Kohlenrevier.

Soweit bis jetzt die Lage übersehen werden kann, ist die Beteiligung am Streik stärker als jemals bei anderen Lohnbewegungen im dortigen Revier. Auf dem Brückenbergschacht sind gleich Montag 85 Proz. der Belegschaft nicht angefahren; besonders stark sind auch die Unorganisierten am Streik beteiligt. Auf dem Tiefbau- wie auf dem Vertrauensschachte beträgt die Streikbeteiligung zwei Drittel der Belegschaft, auf dem Allgemeindeschacht 70 Proz. Auf den Vereinsglückwerken streikt die ganze Belegschaft, auf dem Kästnerschacht sind bis auf 10 Mann alle Arbeiter ausgeblieben. Auf dem 11. Morgensternschacht sind nicht einmal 100 Mann von 800 angefahren, sogar die Tagearbeiter streiken. Auf dem 2. Wilhelmschacht streiken 90 Proz.

Im Streikrevier ist alles ruhig. Polizei und Gendarmerie sind in nicht gerade großer Zahl im Streikrevier konzentriert. Die Streikenden lassen sich in der Nähe der Zechen nicht sehen, um jeden Anlaß zu polizeilichem Einschreiten zu vermeiden.

Gegnerische Organisationen kommen bei diesem Streik nicht in Betracht, auch der christliche Bergarbeiterverband hat im Streikrevier keine Anhänger. Von den in den Gruben beschäftigten 11 000 Bergarbeitern sind 5000 im alten Verband organisiert, die übrigen sind unorganisiert, beteiligen sich aber zu einem großen Teil am Ausstand.

Im Senftenberger Braunkohlengebiet

fanden am Sonntag neun öffentliche Bergarbeiterversammlungen statt, die sich mit dem vom Herrenhaus verlangten Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung und mit dem Ausstand der Bergarbeiter im Ruhrrevier beschäftigten. Alle Versammlungen, in denen zumeist sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete redeten, erfreuten sich eines starken Besuches, und das Interesse an der Lohnbewegung der westfälischen Bergknappen zeigte sich an den temperamentvollen Aeußerungen der Versammlungsbesucher. An eine Lohnbewegung der Bergarbeiter des Niederlausitzer Braunkohlengebiets ist zurzeit

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120319/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG